Die Linke
Stadtrat Lüneburg

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 17. Dezember 2025

Anfrage: Kommunikation der Stadt zu überhöhten Avacon-Fernwärmepreisen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in der Ratssitzung vom 11. Dezember 2025 teilte der Erste Stadtrat, Herr Moßmann, mit, dass eine offensive Kommunikation in Richtung der Verbraucher*innen im Zusammenhang mit den Fernwärmepreisen der Avacon Natur erfolgen solle. Dabei wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass die Avacon Natur eine schnelle Kommunikationsleistung zu erbringen habe. Auch die Stadtverwaltung steht in der Pflicht, Verantwortung zu übernehmen. Ich halte es für dringend erforderlich, dass betroffene Verbraucher*innen zeitnah, verständlich und niedrigschwellig über ihre Rechte informiert werden, um finanzielle Nachteile abzuwenden.

Vor dem Hintergrund des Urteils des Oberlandesgerichts Celle vom 18. November sowie der durch den Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) eingereichten Sammelklage bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Formen der Kommunikation plant die Stadtverwaltung, um die von überhöhten Fernwärmepreisen der Avacon Natur betroffenen Haushalte über ihre rechtlichen Möglichkeiten zu informieren (z. B. Sammelklage, Widerspruch gegen Preiserhöhungen, mögliche Rückerstattungsansprüche)?
2. Über welche Kanäle soll diese Information erfolgen (z. B. städtische Webseite, Anschreiben an Haushalte, soziale Medien, Bürgerversammlungen, Zusammenarbeit mit Mietervereinen oder Verbraucherzentralen)?
3. In welchem zeitlichen Rahmen sollen diese städtischen Kommunikationsleistungen jeweils erfolgen?
4. Wird die Stadtverwaltung aktiv auf bestehende Informationsangebote der Verbraucherzentralen hinweisen oder diese organisatorisch unterstützen?
5. Plant die Stadtverwaltung, zielgruppenspezifisch insbesondere Haushalte in stark betroffenen Stadtteilen wie Kaltenmoor anzusprechen? Wenn ja, wie?
6. Plant die Stadtverwaltung, eigene Informations- oder Beratungsangebote (z. B. Informationsveranstaltungen, Sprechstunden oder eine zentrale Anlaufstelle) für von den Fernwärmepreisen betroffene Verbraucher*innen in den betroffenen Quartieren und im Wohnraumbüro einzurichten oder zu koordinieren? Wenn ja, in welcher Form und ab wann? Wenn nein, warum nicht?
7. Wie stellt die Stadtverwaltung sicher, dass die angekündigte „offensive Kommunikation“ tatsächlich alle betroffenen Haushalte erreicht und nicht auf bloße Hinweise auf externe Stellen beschränkt bleibt?

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Esders

Die Linke